Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 245. | Dresden, Dienstag den 21. Oktober 1913. | 24. Jahrg.

In dem hohenzollernschen Familienzwist hat der Kronprinz, der auf Befehl Wilhelms II. nach Berlin kommen mußte, klein beigegeben.

Im Breslauer Sittlichkeitsprozeß wurden Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 3 Jahren Gefängnis verhängt, zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

In Berlin fanden sechs große jüdische Versammlungen statt, die gegen den Kiewer Tendenzprozeß protestierten.

Aus Frankreich werden die Todesstürze dreier Flieger gemeldet.

Die serbische Regierung hat der Armee den Befehl gegeben, die besetzten albanischen Gebiete zu räumen.

Im Meere vor Ochotsk in Ostasien ertranken elf Mann der Besatzung eines Dampfers.

Russische Wandlungen.

sp. Kürzlich brachte die Frankfurter Zeitung aus der Feder ihres Petersburger Korrespondenten eine Schilderung von der politischen Stimmung in Rußland, die in folgenden bemerkenswerten Ausführungen ausklingt:

„Es herrscht in ganz Rußland eine solche Gewitterschwüle, daß der Zustand auf die Dauer unerträglich, unmöglich sein würde, wären wir nicht eben im Lande der unbegrenzten Unmöglichkeiten. Ein Anstoß von außen würde fast sicher zur Katastrophe führen; ohne ihn wird sich vielleicht die Langmut Rußlands noch weiter bewähren. Die Kluft, die Regierung und Volk trennt, wird immer weiter werden, bis sie schließlich mit bloßen Reformen nicht auszufüllen ist.“

Aehnliche Schilderungen der politischen Lage in Rußland finden sich auch in andern Zeitungen. Während noch vor einigen Monaten die deutsche bürgerliche Presse die russische Revolution für tot ausgab und die Macht des Zarismus nicht stark genug schildern konnte, sieht sie heute auf einmal Rußland am Rande des Abgrundes und prophezeit die unvermeidliche Revolution usw. Dieser Stimmungswechsel wird erklärlich, wenn man sich die Ereignisse der letzten Zeit vergegenwärtigt.

Kurz vor Schluß der Dumasession gab es einen Konflikt zwischen Duma und Regierung. Der extremreaktionäre Markow, der selbst sowie seine Partei von Regierungssubventionen lebte, wirft der Regierung Diebstahl am Staatssäckel vor. Wichtiger war es, als die russische Kaufmannschaft in Nischni-Nowgorod bei Gelegenheit des Besuches der Messe durch Kokowzew die Forderung von Reformen aufstellte. Der illoyale Kokowzew schwieg sich aus. Die Antwort erfolgte darauf in Kiew, wo Gutschkow auf dem Kongreß der städtischen Hausbesitzer dieselbe Forderung noch entschiedener wiederholte und unter allgemeiner Zustimmung des Kongresses erklärte, daß die jetzige Politik der Regierung das Land der Katastrophe entgegentreibe. Derartige Vorkommnisse haben auch die bürgerliche Presse in Deutschland, für die doch nur die Stimmung dieser großkapitalistischen Kreise maßgebend ist, stutzig gemacht. Erst jetzt bemerkt sie, daß die angeblich triumphierende zarische Reaktion in Wirklichkeit auf einem Pulverfaß sitzt.

Es sind acht Jahre seit den historischen Oktobertagen von 1905 verflossen. Rußlands politisches Leben hat einen völligen Kreislauf vollzogen, von der Revolution über die Gegenrevolution steht es jetzt wiederum vor einer neuen Revolution. Doch sind die heutigen politischen Verhältnisse mit denen vor 1905 nicht mehr vergleichbar. Damals standen an der Spitze der liberalen Opposition die Semstwomänner. Heute sind diese fast durchweg reaktionär oder unpolitisch. Die Angst vor Bauernunruhen trieb sie ins Regierungslager. Auf dem platten Lande ist es still geworden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich für die Gutsbesitzer prächtig entwickelt. Die steigenden Getreidepreise haben ihre wirtschaftliche Lage vom Grunde aus geändert. Die Gutsbesitzer sind zufrieden und wollen von der Politik nichts mehr wissen.

Es ist in der letzten Zeit viel beachtet worden, daß eine Anzahl von rechtsstehenden und „progressiven“ Duma-Abgeordneten ihre Mandate niedergelegt hat. Eine noch größere Anzahl dieser Leute bleibt zwar in der Duma, besucht aber die Sitzungen der Duma tatsächlich überhaupt nicht mehr. Diese politische Gleichgültigkeit und Widerwilligkeit macht sich bei den Wählern der Grundbesitzerklasse in noch stärkerem Maße geltend, so daß die Semstwowahlen in einigen Orten aus Mangel an Wählern gar nicht zustande kommen konnten.

Ganz anders aber ging die Entwicklung der russischen Großbourgeoisie in den letzten Jahren vor sich. Als politische Macht ist sie bis 1905 fast gar nicht aufgetreten. Zu Anfang des Sturmjahres liebäugelte sie noch mit den Arbeitern, zum Teil, weil sie durch die Subatowpolitik der Regierung höchst aufgebracht war. Die Gründung von Arbeiterorganisationen durch die politische Polizei, die großen Arbeiterausstände, die sie in Moskau, Odessa und in Petersburg in Szene gesetzt hat, erregten den Unwillen der Industriellen. Diese forderten, daß die Regierung die Arbeiter sich selbst überlassen, ihnen Streik- und Koalitionsfreiheit gewähren solle. Als aber dann die Arbeiter zugleich mit den politischen auch ökonomische Forderungen aufstellten und zum Teil auch durchsetzten, als die Petersburger Arbeiter den Kampf für den Achtstundentag begannen, da liefen die Unternehmer zur Regierung und baten sie um Schutz gegen die Revolution.

Der Bund zwischen Bureaukratie, Großkapital und Agrariertum bildete die Dreieinigkeit der Reaktion. Die führende Rolle in diesem Bunde hatten die Bureaukratie und der reaktionäre Adel. Die „Oktobristenpartei“ war die politische Vertretung dieses extremreaktionären Bundes. Dieser Bund scheint nun aber aus den Fugen gehen zu sollen. Das industrielle Kapital hat in den letzten 8 Jahren bedeutend an Kraft gewonnen. Waren noch 1906 1419 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 3,1 Milliarden Rubel vorhanden, so stieg ihre Zahl 1910 auf 1557 mit einem Kapital von 3,7 Milliarden Rubel an. Die Zahl der Fabrikbetriebe ist von 1907 bis 1911 um 11,3 Prozent, die darin beschäftigten Arbeiter um 13,2 Prozent gestiegen. Die gigantischen Betriebe mit über 1000 Arbeitern sind gleichzeitig um fast 20 Prozent, die darin beschäftigten Arbeiter um 16,5 Prozent gestiegen. Die Betriebe mit über 100 Arbeitern beschäftigten 1911 rund 80 Prozent aller Fabrikarbeiter. Aehnlich war die Entwicklung der übrigen Gewerbezweige, die der Fabrikinspektion nicht unterstehen.

Mit ihrer wirtschaftlichen Macht wuchs auch das Selbstgefühl der Bourgeoisie. Sie will sich nicht mehr von den Agrariern und Bureaukraten gängeln lassen. Dazu kommt noch das Herannahen der Zolltarifkämpfe, wobei die Interessen beider Gruppen weit auseinandergehen. Auf dem Kiewer Städtetag wurde auch viel über die Finanzpolitik der Semstwos gegenüber den Städten geklagt. Den russischen Industriellen wird die Tatsache mehr und mehr deutlich, daß die Industrie in der Atmosphäre der Reaktion nicht gut gedeihen kann. Leidet doch z. B. die Textilindustrie unter einer schweren Krisis. Der Verbrauch der Textilwaren in Rußland ist lächerlich gering. Zu Anfang des jetzigen Jahrhunderts betrug der Baumwollverbrauch in Rußland 5,3 Pfund pro Kopf der Bevölkerung, 1907/11 5,46 Pfund. Zu gleicher Zeit ist er aber in Deutschland von 15,8 auf 16,4 Pfund, in England von 41,2 auf 46,5 und in den Vereinigten Staaten von 20,4 auf 30,8 Pfund gestiegen. Nicht viel besser steht es mit dem Eisenverbrauch. Der Roheisenverbrauch wuchs von 1900/04 bis 1907/11 in Rußland von 1,08 auf 1,12 Pud pro Kopf, in Deutschland von 10,1 auf 12,6, in den Vereinigten Staaten von 14 auf 16,9 Pud pro Kopf der Bevölkerung. Rußland ist also nicht nur wirtschaftlich noch sehr rückständig, sondern bleibt in seiner Entwicklung immer mehr hinter der der anderen Länder zurück. Die Reaktionsherrschaft war außerstande, den Industriellen wirtschaftliche Befriedigung zu verschaffen.

Auch die Arbeiterpolitik der Regierung befriedigt die Industriellen nicht mehr. Nicht nur ist sie außerstande, den sich wiederum emporringenden Strom der Arbeiterbewegung einzudämmen, sie ruft vielmehr Streikbewegungen hervor. Ein typisches Beispiel sehen wir in den Kampf der Moskauer Verkehrsarbeiter. Diese stellten wirtschaftliche Forderungen auf, traten in Verhandlungen ein und dachten vorläufig noch gar nicht an einen Streik. Da verhaftete der Stadthauptmann die Arbeitervertreter und auf einmal wurde der Streik erklärt, die Stadt blieb ohne Beleuchtung und Verkehr. Es gesellten sich die Arbeiter vieler Fabriken und die Typographen hinzu; der Streik nahm eine große Ausdehnung an und übertrug sich auf Petersburg. Seine Folgen sind noch gar nicht übersehbar.

Sofern die Einmischung der Polizei in die Verhältnisse zwischen Unternehmern und Arbeitern auch nicht geradezu Streiks heraufbeschwört, so hat sie doch oft andere unangenehme Wirkungen. Die Polizei fordert häufig von den Unternehmern, daß sie gewisse Arbeiter entlassen sollen, oder sie verschickt selbst auf administrativem Wege diese Arbeiter. Das sind aber meist die intelligentesten Arbeiter, die die Unternehmer nicht entbehren können. Die Polizei also ist es, die den Betrieb stört und die Bildung eines ausgebildeten Arbeiterstammes hindert, ohne den die Zukunft der Industrie unsicher bleiben muß.

Allein der Balkankrieg mit dem Slawophilenrummel hat die Aufmerksamkeit der Bourgeoisie eine Zeitlang von der inneren Politik abgelenkt. Der klägliche Ausgang des dritten Balkankrieges hat aber den vollständigen Zusammenbruch der russischen Politik auf dem Balkan und zugleich der Slawophilenbewegung mit sich gebracht. Es war ein Tschuschima in der auswärtigen Politik Rußlands, und es ist nur natürlich, wenn die russische Bourgeoisie nun gegen diese unfähige Regierung, die ihr überall im Wege steht, Front macht.

Um die Bourgeoisie einzuschüchtern und die Oktobristen zur Räson zu bringen, werden aufs neue Gerüchte über den Plan eines Staatsstreichs verbreitet. Ein Mittel, das sich in der Tat wiederholt bewährt hat. Die Oktobristen „reiteten“ immer wieder die Duma, bis nun nichts mehr zu reiten übrig geblieben ist. Von der Verfassung ist nicht einmal der Schein geblieben. Die Regierung richtet sich nicht im mindesten nach den Forderungen der Duma. Jetzt, so heißt es, soll an Stelle der Duma eine nur beratende Körperschaft treten, als ob die Duma noch überhaupt irgendwelche Befugnisse besäße. Die Stimmung im Lande aber ist der Duma gegenüber eine verächtliche, der Regierung gegenüber eine ausgesprochen feindliche.

Der Stimmungswechsel äußert sich auch im Verhalten der „Gesellschaft“ zu der Arbeiterbewegung. Vor der Revolution unterstützte die Gesellschaft die revolutionäre Arbeiterbewegung ziemlich lebhaft. Nach 1905/06 trat darin eine Aenderung ein. Die Unternehmer traten feindlich gegen die Arbeiter auf und die „Gesellschaft“ verhielt sich im besten Falle gleichgültig, die Intelligenz kehrte ihr den Rücken zu. Während der ganzen Reaktionsperiode konnten die revolutionären Organisationen auf Unterstützung durch die „Gesellschaft“ nicht mehr hoffen, was wohl eine der Ursachen ihres Verfalles sein dürfte.

In der letzten Zeit hören wir wiederum von Arbeiterdemonstrationen, an denen sich Studenten beteiligen. Den streikenden Arbeitern fließen beträchtliche Geldmittel aus den bürgerlichen Kreisen zu, ja selbst die Unternehmer verzichten zuweilen darauf, die Arbeiter für ihre politischen Streiks — so bei den Ausständen anläßlich der Lenametzelei — zu maßregeln. In dem Maße, wie die „Gesellschaft“ sich von der Duma abwendet, setzt sie ihre Hoffnungen wieder mehr auf die kämpfende Arbeiterschaft, die nun mit einer erstaunlichen Energie den Kampf aufs Neue begonnen hat.

Im Jahre 1910 betrug die Zahl der streikenden Arbeiter 46600, 1911 105000 und 1912 über 500000. Dabei waren es 1910 und 1911 fast ausschließlich wirtschaftliche Kämpfe, während 1912 nicht weniger als 1200 Streiks mit 339000 Anteilnehmern rein politischen Charakter trugen. 1913 wird die Zahl der streikenden Arbeiter noch bedeutend größer sein. Der Charakter der Arbeiterkämpfe hat sich seit 1905/6 ebenfalls geändert. Zwar zeigen sie immer noch einen unorganisierten, elementaren Charakter. Die Arbeiterbewegung ist aber selbständiger geworden. Früher waren es doch meist die Intellektuellen, die an der Spitze der Bewegung standen. Wurden diese verhaftet, so verschwand mit ihnen auch das „Komitee“. Jetzt treten Arbeiter als Führer auf, die die Bewegung leiten. Es sind Arbeiter, die mit der Masse eng verbunden sind, die die Polizei gewöhnlich erst dann herausfinden kann, wenn die Bewegung schon im Flusse ist, und an deren Stelle immer wieder neue Arbeiter treten.

Die Revolution und die darauffolgenden Jahre sind nicht verloren gegangen. Im Stillen, in den Berufs- und Bildungsvereinen, selbst auf dem Dorfe in den Bauernhütten lebte der sozialistische Gedanke fort. Es bildete sich allmählich eine Arbeiterintelligenz aus, die nun die natürlichen Führer der Arbeiterbewegung stellt. Diese Arbeiterintelligenz auszurotten ist aber unmöglich, wenn man nicht die Fabriken in ihren alten Zustand der primitiven Technik zurückwerfen und die ganze wirtschaftliche Entwicklung zurückschrauben will. Allen Bemühungen der Reaktionäre zum Trotz muß die Regierung zuweilen selbst die Anknüpfungspunkte für die Arbeiterbewegung und Arbeiterorganisationen schaffen, eine gebildete Arbeiterschicht heranziehen helfen. Eine solche Rolle spielen beispielsweise jetzt die Versicherungskassen, die viel zur Organisierung und Kräftigung der Arbeiterschaft beitragen. So ist die jetzt beginnende Bewegung keine einfache Wiederholung der Bewegung von 1904/6. Sie ist innerlich fester und reifer und gibt große Hoffnungen auf den kommenden Sieg über das heutige reaktionäre System.

Der erste Wahlkampf mit erweitertem Wahlrecht.

Von unserem Korrespondenten.

ld. Rom, 19. Oktober.

Am 26. Oktober werden in Italien zum ersten Male rund 5 Millionen Bürger, die bisher keine politischen Rechte besaßen, ihr Wahlrecht ausüben. Das alte Gesetz beschränkte das Wahlrecht auf die volljährigen Bürger, die die vier ersten Volksschulklassen absolviert haben; das neue dehnt es auf alle aus, die ihren Militärdienst geleistet oder das 30. Lebensjahr erreicht haben, gleichgültig, ob sie lesen und schreiben können oder nicht. Was jetzt zu den Urnen berufen wird, ist die unterste soziale Schicht: die Leute, denen das Vaterland sogar den Elementarschulunterricht verweigert hat. Es ist das ländliche Proletariat, es sind die unqualifizierten Arbeiter der Städte und die kleinen Pächter und Grundbesitzer des flachen Landes. Ein großes Heer Rechtloser, die der Federstrich des Gesetzgebers zu Vollbürgern gemacht hat.

Was hat die Sozialdemokratie von diesem Wahlkampf zu erwarten? Allein und ohne jedes Wahlabkommen mit anderen Parteien der Demokratie nimmt sie die Schlacht auf. In 306 von den 508 Wahlkreisen des ganzen Landes sind Parteikandidaten aufgestellt. Einzig die sogenannte liberale Partei, die Ministeriellen, übertrifft mit 532 Kandidaturen die Zahl der unseren. Trotz dieses ungeheuren Kraftaufwandes darf man aber nicht von dem Ausgang der Wahlen eine wesentliche Verschiebung zugunsten der Sozialisten erwarten. Unsere Partei verfügte in der letzten Kammer über 25 Mandate, nachdem durch die Parteispaltung sich 15 als Sozialisten gewählte Abgeordnete der reformistischen Partei zugewendet haben. Von unseren 25 Mandaten sind einige stark bedroht. Andrerseits aber hat die Partei zwei Mandate zurückzuerobern, die sie unlängst bei den Ersatzwahlen verlor, und jetzt außerdem auf mehrere Wahlkreise des Piemont, der Lombardei und Liguriens berechtigte Hoffnungen. Wer optimistisch ist, rechnet mit der Erringung von insgesamt 40 Mandaten, aber dieser Voranschlag kann sich nur bewahrheiten, falls

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19131021/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG